

KLARTEXT

aus dem Bundestag



Enteignungswahnsinn sofort stoppen!

Bundeswirtschaftsminister Habecks Heizungspläne sind in aller Munde. Während er selbst in Filz und Vetternwirtschaft versinkt, plagt die Bürger die Angst vor seinen grünen Enteignungsphantasien. Bald dürfen nur noch Heizungen mit einem Großteil erneuerbarer Energie eingebaut werden. Später soll ein vollständiges Verbot für alle Öl- und Gasheizungen gelten! Nicht nur die hohen Kosten stellen eine immense Bedrohung für unser Eigentum dar, auch die Umsetzbarkeit ist fragwürdig. Die Nachrüstung einer Luft/Wasser-Wärmepumpe kostet Unsummen. Gleichzeitig bringen Wärmepumpen die Stromnetze, insbesondere nach der ideologiegetriebenen Abschaltung der Kernkraftwerke, an ihre Grenzen. Wir alle fragen uns, sollen wir in Zukunft ganz ohne Heizung auskommen?

Für Sie bedeutet das: Ist Ihr Haus nicht auf dem allerneuesten Stand, werden Kosten in enormer Höhe auf Sie zukommen. Die Regelungen kommen einer Enteignung gleich. Ihr Traum vom Lebensabend im eigenen Häuschen ist in akuter Gefahr! Gegen diese Pläne begehrt nur die AfD auf. Die einzige Chance, den grünen Irrsinn zu stoppen, ist bei den nächsten Wahlen das Kreuz an der richtigen Stelle, bei der AfD, zu setzen.

Als AfD wollen wir, dass jeder die Heizung nutzt, die für ihn am wirtschaftlichsten ist und die Entscheidung über die Sanierung seines Hauses dann trifft, wenn er es für richtig hält. Es obliegt nicht dem Staat zu entscheiden, ob und wie wir unsere Häuser renovieren. Wir und nur wir stehen für Freiheit statt Verbote und dafür, dass der Traum vom eigenen Haus kein Traum bleiben muss.

Ihr/ Euer Stephan Brandner



www.stephan-brandner.de

Lesen und weitergeben!

Juli 2023

7. Jahrgang, Ausgabe 19, 07/2023

Mehr als zwei Gruppenvergewaltigungen pro Tag sind eine Schande!

Die Zahl der Gruppenvergewaltigungen hat 2022 ein trauriges Rekordhoch erreicht. Opfer wurden meist deutsche Frauen. Sie sind einer rücksichtslosen Politik ausgeliefert, die kein Einsehen mit den Einheimischen hat. Insgesamt 789 solcher Taten verzeichneten die deutschen Behörden 2022. Das sind rechnerisch mehr als zwei pro Tag. Es überrascht wenig, dass die Täter zur Hälfte keine deutsche Staatsangehörigkeit aufweisen. Für die Opfer bedeutet dies ein lebenslanges Trauma. Die ausländischen Täter stammen überwiegend aus Syrien und Afghanistan, also jenen Ländern, aus denen die Politik der offenen Grenzen Millionen Menschen nach Deutschland gelockt hat und dies noch immer tut. Ernsthaftige Bestrebungen der Bundesregierung, die in den häufigsten Fällen deutschen Frauen vor diesem Wahnsinn zu schützen, sind nicht zu erkennen, was eine Schande ist.



Zur Anfrage:



Staatliche Finanzierung der Amadeu Antonio Stiftung sofort beenden!

Im vergangenen Jahr 2022 hat die sogenannte Amadeu Antonio Stiftung, die nichts weiter als eine linksradikale Steuergeldeinsammelstelle ist, mehr als 2,2 Millionen Euro allein aus Bundesmitteln erhalten. Im Jahr 2021 waren es noch knapp 2,1 Millionen Euro. Ich fordere die Einstellung der Zahlungen an diesen Verein, der geleitet wird vom ehemaligen Stasi-Spitzel Kahane. Die Diffamierung der Opposition und die Bespitzelung der Bürger sind keine Vereinstätigkeiten, die es zu fördern gilt. Eine Meldestelle "Antifeminismus", rechtsextreme Gartenzwerge und das Verbreiten von Hass und Hetze gegen die AfD genügen den Ideologen, um mehr als zwei Millionen Euro an Steuergeldern zu erhalten. Es ist absurd, wie die Bundesregierung die hart von den Bürgern erarbeiteten Steuermittel mit vollen Händen für ihre Propaganda aus dem Fenster wirft. Die staatliche Finanzierung dieser fragwürdigen Organisation muss sofort beendet werden.



Zur Anfrage:



Fast jeder zweite verurteilte Mörder ist Ausländer

Im Jahr 2021 waren 44,35 Prozent der wegen Mordes Verurteilten, 45,16 Prozent der wegen Totschlags Verurteilten, und 38,56 Prozent der wegen gefährlicher Körperverletzung Verurteilten Ausländer. Noch im Jahr 2000 waren es zwischen rund einem Viertel und einem Drittel der Verurteilten. Der Ausländeranteil der verurteilten Straftäter beträgt ein Mehrfaches des Ausländeranteils an der Bevölkerung. Insbesondere türkische Staatsangehörige sind in der Kriminalitätsstatistik an vielen Stellen ganz oben zu finden. Zudem gehen die Personen mit einer doppelten Staatsbürgerschaft als Nur-Deutsche in die Statistik ein, was eine zusätzliche Verzerrung bedeutet. Dieser Trend muss dringend gestoppt werden. Kriminelle Ausländer haben in Deutschland nichts zu suchen.



Minister sollen verzichten statt profitieren!

Die Bundesregierung plant, die gesetzlichen Grundlagen dafür zu schaffen, dass auch Minister von dem Tarifabschluss des öffentlichen Dienstes profitieren können und somit 3000 Euro netto zusätzlich zu ihren üppigen Gehältern erhalten.

Die Minister wollen sich also ein weiteres Mal die Taschen auf Kosten der redlich steuerzahlenden Bürger voll machen. Während viele Bürger von Inflationsausgleichen maximal träumen können, wollen Minister, die für die Inflation verantwortlich sind und Monatseinkommen von teils über 20.000 Euro haben, sogar das Gesetz anpassen, um zu profitieren. Das ist mehr als schäbig. Der Staat ist mittlerweile vollumfänglich Beute der Altparteien. Wer bereits jetzt ein monatliches Einkommen im deutlich 5-stelligen Bereich hat, ist wahrlich nicht darauf angewiesen, einen Inflationsausgleich zu erhalten - im Gegenteil. Diejenigen, die für die katastrophalen Zustände in Deutschland verantwortlich sind, die dafür gesorgt haben, dass die Kassen leer sind und die Inflation das Einkommen der Bürger auffrisst, sollten auf Teile ihres Einkommens verzichten und nicht noch mehr verlangen.

Untersuchungsausschuss Habeck jetzt!

Undurchsichtige internationale Geldflüsse, familiäre und persönliche Verstrickungen, Einflussnahme von Lobbyisten: die Affäre Graichen ist nur der Gipfel von Skandalen um die aktuelle Bundesregierung. Mauscheleien, Vetternwirtschaft und Filz der Ampelregierung haben unsere Demokratie ein weiteres Mal beschädigt. Als AfD-Fraktion wollen wir die vollständige Aufklärung - nicht nur der Habeck-Graichen-Affäre, sondern auch die Offenlegung ausländischer Finanzflüsse und undurchsichtige Stellenbesetzungen sollen nach unserem Willen im Rahmen eines einzusetzenden Untersuchungsausschusses aufgeklärt werden. Es kann nicht sein, dass die Mitglieder der Ampelregierung mit derartigen Mauscheleien durchkommen!



Habeck muss endlich weg, aber nicht Weck!

Der Hersteller der wohl jedem bekannten Weck-Gläser meldete im Juni Insolvenz an. Dieses Unternehmen stellt seit 123 Jahren Einweckgläser, Gläser für die Lebensmittelindustrie und andere Gewerbe her.

Es ist also ein weiteres Opfer Habeckscher Energiepolitik und dieser Bundesregierung. Künstlich politisch verteuerte Energie und gigantische Steuern lassen unseren Mittelstand ausbluten. Dabei sollte jedem klar sein, dass nur das Wohl der Unternehmen die Arbeitsplätze sichert.

Aus dem Wirtschaftsministerium heißt es demnächst, dass diese Unternehmen nicht insolvent sind, sondern nur kein Geld mehr haben und auch nichts produzieren. Der Ausstieg aus der Atomenergie ohne Zukunftsplan war ein entscheidender Fehler. Die Strompreise werden auch weiterhin in die Höhe klettern und die Folgen mehr und mehr sichtbar. Wir als AfD fordern eine günstige, umweltfreundliche und auch sichere Energieversorgung für jeden Bürger und jedes Unternehmen. Die moderne Kernenergie ist einer der wichtigsten Bausteine im Energiemix der Zukunft.



Egal ob Infostände, Bürgerstammtische, der Besuch von Volksfesten, bei Verbänden und Unternehmen: als Abgeordneter des Deutschen Bundestages ist mein Einsatzfeld breit. Wichtig ist mir dabei immer der Kontakt mit dem Bürger - seine Sorgen, Fragen und Interessen sind der Antrieb meiner Arbeit.

www.stephan-brandner.de

Umgehungsstraße unverzüglich bauen!

Seit fast 90 Jahren fordern die Anwohner von Großebersdorf, Frießnitz und Burkersdorf eine Ortsumgehung. Ich setze mich für eine schnelle Umsetzung der Ortsumgehungen schon seit Jahren ein. Die Baugenehmigung muss noch diesen Sommer erteilt werden. Auch wenn durch die neuen Vorgaben zur Entwässerung die Planungen überarbeitet werden, dürfen die betroffenen Bürger nicht weiter hingehalten werden. Die Umgehungsstraße erhöht die Sicherheit, verkürzt Fahrtzeiten und verbessert die Lebensqualität der Anwohner. Eine geplante Beendigung des Baus im Jahr 2030 ist so für mich nicht hinnehmbar.



Ausmaß an Kinderkriminalität aufgedeckt!

Schon lange fordern wir die Herabsetzung der Strafmündigkeit auf 12 Jahre. Eine Antwort der Bundesregierung auf eine entsprechende Kleine Anfrage von mir zeigt nun, dass die Kriminalität von Kindern drastische Ausmaße angenommen hat. Allein im Jahr 2022 wurden knapp 100.000 Kinder unter 14 Jahren, die also nicht strafmündig sind, als Tatverdächtige ermittelt. Das entspricht 4,4 Prozent aller Tatverdächtigen. Mehr als 10.000 Kinder waren Tatverdächtige bei Straftaten aus dem Bereich der Gewaltkriminalität. Bei den Tatbeständen Diebstahl und Sachbeschädigung machen die Kinder sogar über 10 Prozent der Tatverdächtigen aus.

Allein die Tatsache, dass 18 Kinder unter 14 Jahren Tatverdächtige eines Tötungsdelikts und sogar fast 10.000 Kinder einer schweren Körperverletzung tatverdächtig sind, macht deutlich, dass die Politik die Augen vor dieser Entwicklung nicht verschließen darf. Die Zahlen zeigen aber auch, dass Kindergewalt und -kriminalität deutlich migrantisch geprägt ist und immer wieder die syrische und afghanische Staatsbürgerschaft negativ ins Gewicht fällt. Inwiefern hier eine verfehlte Altersfeststellung relevant war, muss bisher offen bleiben. Es kann nicht sein, dass Kinder glauben, sie könnten Straftaten begehen, ohne mit Konsequenzen rechnen zu müssen.



DIMR die Grundlage entziehen!

Ein gemeinnütziger "unabhängiger" Verein, der als "Deutsches Institut für Menschenrechte" kaum etwas anderes tut, als die Opposition zu diffamieren und dafür Millionen Euro aus dem Bundeshaushalt erhält? Kaum zu glauben und dennoch Realität in Deutschland. Genau dieser Verein ist es nun, der breitenwirksam und natürlich medial unterstützt für ein Verbot der AfD wirbt. Anstatt sich, wie ursprünglich vorgesehen, mit Menschenrechtsverletzungen in Deutschland zu beschäftigen, beispielsweise den unsäglichen Coronamaßnahmen, beschäftigt sich der Verein lieber mit uns. Wir sagen: natürlich kann sich ein Verein mit unseren Aussagen befassen. Ein "unabhängiges" Institut für Menschenrechte, das eine gesetzlich normierte Aufgabe hat, hat sich allerdings dieser zu widmen. Tut es das nicht, entzieht es sich selbst die Grundlage. Wir beantragen, dem tendenziösen Deutschen Institut für Menschenrechte seine gesetzliche Grundlage zu entziehen, um den Platz frei zu machen für eine neutrale Stelle, die sich als Wächter der Menschenrechte versteht und ihre Stellung nicht nutzt, um selbst Politik im Sinne der Regierung zu betreiben.



Wir sind für Sie da und hier:

Wahlkreisbüro Gera

Rudolf-Diener-Straße 21
07545 Gera
Tel.: 03 65 - 20 42 41 30
Fax: 03 65 - 22 69 12 50
kontakt@
brandner-im-bundestag.de

Geöffnet: Di. bis Do. 10-17 Uhr

Wahlkreisbüro Zeulenroda

Schleizer Straße 8
07937 Zeulenroda-Triebes
Tel.: 03 66 28 - 96 35 02
zeulenroda@
brandner-im-bundestag.de

Geöffnet: Mo. und Do.: 10-17 Uhr

Wahlkreisbüro Altenburg

Kesselgasse 25
04600 Altenburg
Tel.: 03 44 93 - 25 95 13
altenburg@
brandner-im-bundestag.de

Geöffnet: Mo. und Mi.: 10-17 Uhr

Wahlkreisbüro Gößnitz

Zwickauer Straße 11
04639 Gößnitz
Tel.: 03 44 93 - 25 95 13
goessnitz@
brandner-im-bundestag.de

Geöffnet: Do. und Fr.: 10-17 Uhr

Wahlkreisbüro Sömmerda

Weißenseer Straße 8
99610 Sömmerda
Tel.: 0 36 34 - 69 22 888
soemmerda@
brandner-im-bundestag.de

Geöffnet: Mo.: 10-17 Uhr

Wahlkreisbüro Apolda

Ritterstraße 4
99510 Apolda
Tel.: 0 36 44 - 83 20 468
apolda@
brandner-im-bundestag.de

NEU: Geöffnet: Fr.: 10-14 Uhr

Besuchen Sie mich auch im Netz!

- www.stephan-brandner.de
- www.youtube.com/c/stephanbrandnermdb
- www.facebook.com/stBrandner
- t.me/StephanBrandnerMdB
- www.twitter.com/stbrandner
- www.tiktok.com/@brandner_afd
- www.instagram.com/stephanbrandner

Sie wollen mehr Informationen?

Erhalten Sie den wöchentlichen Rundbrief, Einladungen und mehr. Einfach in die Kontaktliste eintragen lassen unter kontakt@brandner-im-bundestag.de.

www.stephan-brandner.de

Juli 2023

7. Jahrgang, Ausgabe 19, 07/2023

Rettet die Schwimmbäder!

Wer erinnert sich nicht gern zurück an endlose Tage im Schwimmbad, an Badeenten, Pommes und nasse Handtücher, an den strengen Blick des Bademeisters und die neckischen Spielereien im Wasser. Früher war die Mutprobe im Freibad vom 3-Meter-Brett zu springen - heute ist es die Mutprobe überhaupt ins Freibad zu gehen. Aus Schwimmbädern sind Schlümpfbäder geworden. Erwachsene prügeln hemmungslos aufeinander ein, Frauen fürchten sexuelle Übergriffe. Die Schwimmbadromantik ist vielerorts dahin. Wir sagen: Schluss damit. Wer sich im Schwimmbad nicht benehmen kann, der kann dort einfach kein Gast sein. Dem Schwimmmeister gehört Respekt gezollt. Er ist verantwortlich für das Wohl der Badegäste und für Ruhe und Ordnung. Dafür opfern viele ihre Freizeit. Der Erhalt von Freizeitbädern, gerade auch im ländlichen Raum, ist ein entscheidender Aspekt der Lebensqualität. Das Freibad gehört zu einem schönen Sommer einfach dazu. Ohne Schlägerei und ohne Übergriffe.



Bundesregierung verweigert Aussage zu Nordstream

Wann hat wer in der Bundesregierung von den Anschlägen auf Nordstream gewusst? Das wollten wir von der Bundesregierung erfahren. Die Antwort ist vielsagend. Man verweist auf eine andere Antwort, in der es heißt: die Bundesregierung erteilt keinerlei Auskunft aus Gründen der Wahrung des Staatswohls. Nun muss jeder selbst entscheiden, was er aus dieser Antwort macht.

Zur Anfrage:



Air-Defender: Mehr als 36-Tausend Tonnen CO2

CO2-Reduktion ist in aller Munde, aber während der größten Verleugung von Luftstreitkräften seit Bestehen der NATO interessiert sich plötzlich kein Mitglied der Ampelkoalition mehr für Schadstoffe. Mehr als 36-Tausend Tonnen CO2 werden laut der Auskunft der Bundesregierung auf meine Anfrage hin während dieser Aktion in die Luft geblasen. Kompensationen über das Normalmaß hinaus finden nicht statt. Der Zweck heiligt hier wohl alles.

Zur Anfrage:

